

Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

März 2024

# hauptstadt magazin

**Berlin will  
Katastrophenschutz  
verbessern**



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin





© dbb berlin

## Inhalt

### Besoldung und Versorgung

- Sonderzahlungen beschlossen 4  
Altersdiskriminierung muss beseitigt werden 4

### Extremismus

- dbb berlin erteilt klare Absage 5

### Katastrophenschutz

- Krisenmanagement soll verbessert werden 6

### Meinungsaustausch

- dbb Gespräch mit Hildegard Bentele 8

### JAV

- Unentbehrlich für den Nachwuchs 9

### DPoIG Berlin

- Ekelduschen und fehlende Einsatzfahrzeuge 10

### Berliner Schulen

- Hauptproblem Lehrkräftemangel 12

### Unterhaltung

- Preisausschreiben 14

### Verschiedenes

- Wichtiger Notruf 112 16  
Teurer Wodka 16  
Mehr E-Ladepunkte 16

## Liebe Leserinnen, lieber Leser,

Hunderttausende unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger haben dankenswerterweise in vielen Städten unseres Landes demokratiefeindlichen extremistischen Bestrebungen auf Demonstrationen die rote Karte gezeigt. Auch der dbb berlin hat sich in einer einstimmig von seinem Landesvorstand verabschiedeten Entschließung klar positioniert und jedem extremistischen Gedankengut, insbesondere im öffentlichen Dienst, eine klare Absage erteilt. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus, Hetze und Gewalt haben hier überhaupt keinen Platz!

Ende Februar hat das Abgeordnetenhaus die Sonderzahlungsregelung für die Tarifbeschäftigten auch für die Beamtinnen und Beamten unter Dach und Fach gebracht. Dass dies – wie zugesagt – ohne Wenn und Aber frühzeitig vollzogen wurde, darf sicher als erstes Zeichen einer neuen, verlässlicheren Landespolitik gewertet werden.

Eine verlässliche, sachgerechte Politik ist auch mehr als überfällig im Hinblick auf gewaltige Reformstaus und Unterlassungssünden in den vergangenen Jahren. Zwei Beispiele dafür beklagt die DPoIG Berlin in diesem Heft.

Auch in Sachen Katastrophenschutz besteht akuter Handlungsbedarf, wie das hauptstadt magazin im Gespräch mit Projektleiter Karsten Göwecke erfuhr.

Breiten Raum widmen wir in diesem Heft der Situation an den Berliner Schulen. Der stellvertretende VBE-Landesvorsitzende und Leiter einer Grundschule hat dem hauptstadt magazin gegenüber aufgezeigt, wo der Schuh am meisten drückt.

Einen schönen Frühlingsanfang wünscht

Ihr

Frank Becker,  
Landesvorsitzender dbb berlin

### Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacyter@

dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea

Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition:

Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 21,

gültig ab 1.1.2024. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. Fotos: wie angegeben.

Titelbild: Sebastian Haase

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

## Sonderzahlungen beschlossen

**Ende Februar hat das Berliner Abgeordnetenhaus das Gesetz über Sonderzahlungen aus Anlass der gestiegenen Verbraucherpreise (Berliner Verbraucherpreise-Sonderzahlungsgesetz – BerlVSZG) beschlossen. Der Hauptausschuss hatte bereits zugestimmt.**

Mit dem Gesetz wird die Sonderzahlungsregelung des Tarifabschlusses für die Landesbediensteten vom 9. Dezember 2023 auf die Beamtinnen und Beamten übertragen.

Anders als die einmalige Corona-Sonderzahlung, die 2022 den aktiv Beschäftigten für ihren Einsatz zur Bewältigung der Coronapandemie gewährt wurde, soll die steuerfrei gewährte Verbraucherpreise-Sonderzahlung auch Versorgungsempfängern prozentual entsprechend ihrem individuellen Versorgungszugutekommen.

Im Einzelnen erhalten Beamtinnen und Beamte rückwirkend für den Monat Dezember 2023 eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 1.800 Euro. Für Empfänger von Anwärterbezügen, Unterhaltsbeihilfen oder Unterhaltsgeld werden 1.000 Euro ausbezahlt. Bei Teilzeitkräften bemisst sich die Sonderzahlung am Teilzeitumfang.

Für den Zeitraum Januar bis Oktober 2024 erhalten Beamte monatliche Sonderzahlungen in Höhe von 120 Euro, Anwärtern werden 50 Euro ausbezahlt. Teilzeitkräfte erhalten den Betrag wiederum ihrem Beschäftigungsumfang entsprechend.

Ein weiterer Gesetzentwurf für eine Besoldungs- und Versorgungsanpassung wird nach Angaben von Finanzsenator Stefan Evers voraussichtlich im zweiten oder dritten Quartal 2024 dem Abgeordnetenhaus zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Was die beabsichtigte Angleichung an das Bundesgrundniveau angeht, verweist der Senator in einem Schreiben an den dbb berlin auf die Festlegung im Koalitionsvertrag: „Wir wollen die Vergütung unserer Beschäftigten binnen fünf Jahren schrittweise auf das Bundesgrundniveau anheben.“ Und weiter: „Diese Vorgabe wird selbstverständlich und auch unter Beachtung der vom Bundesverfassungsgericht zur amtsangemessenen Alimentation aufgestellten Parameter im Rahmen der anstehenden Besoldungs- und Versorgungsanpassung berücksichtigt werden.“ Welche konkreten Maßnahmen zur Angleichung an das Bundesgrundniveau im Einzelnen ergriffen werden, werde derzeit geprüft. Der dbb berlin hatte den Finanzsenator aufgefordert, bei der vorgesehenen Anpassung der Berliner Landesbesoldung an das Bundesgrundniveau auch den Mindestabstand zu dem zum 1. Januar 2024 angehobenen Bürgergeld zu berücksichtigen. ■

### Beamtenversorgung

## Altersdiskriminierung muss rückwirkend beseitigt werden

**Der pauschale Ausschluss der Ruhegehaltfähigkeit von Zeiten vor Vollendung des 17. Lebensjahres ist altersdiskriminierend. In den Beamtenversorgungsgesetzen von Bund und Ländern ist die Regelung deshalb auch in den letzten Jahren gestrichen worden.**

Das Bundesverwaltungsgericht hat aber in einem Urteil vom 20. April 2023 – 2 C 11.22 – weitergehende Konsequenzen gefordert, nämlich dass die Rechtswidrigkeit der mittlerweile gestrichenen Regelung auch bei bereits bestandskräftigen Versorgungsfestsetzungen Konsequenzen nach sich ziehen muss, das heißt Festsetzungen, bei denen grundsätzlich ruhegehaltfähige Zeiten nicht berücksichtigt wurden, weil sie vor Vollendung des 17. Lebensjahres lagen,

müssen zurückgenommen und neu festgesetzt werden. Das gilt auch für entsprechende Fälle von Hinterbliebenenversorgung.

Zur Rechtswahrung wird Betroffenen ein Antrag auf Wiederaufgreifen des Verfahrens gemäß § 51 VwVfG an die versorgungsregelnde Stelle empfohlen, sofern nicht der Höchstruhegehaltssatz von 71,75 Prozent erreicht ist. ■

## Gegen Extremismus

# dbb berlin für Vielfalt und Toleranz

**Mit großer Besorgnis beobachtet der dbb berlin das Erstarken extremistischer Kräfte in Deutschland, die an den Grundfesten unserer demokratischen Verfassung rütteln.**

In einer einstimmig von seinem Landesvorstand gefassten Resolution stellt sich der dbb berlin klar gegen jedes extremistische Gedankengut. Insbesondere im öffentlichen Dienst, der Recht und Gesetz in besonderer Weise verpflichtet ist, hat keinen Platz, wer nicht mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Der öffentliche Dienst ist ein Garant für den Erhalt der freiheitlich-demokratischen Grund- und Werteordnung, die das Fundament des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft ist.

Für den dbb berlin als gewerkschaftliche Spitzenorganisation des öffentlichen Dienstes gelten die demokratischen Wertevorstellungen uneingeschränkt. Wir widersetzen uns mit voller Kraft allen Strömungen, die demokratische Prinzipien, sei es zum Beispiel durch Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus oder durch Hetze und Gewalt, aushöhlen wollen!

Der dbb berlin steht an der Seite all jener, die sich für Demokratie einsetzen. ■

© Peggy/Pixabay

# Landesverwaltungsamt soll Full-Service-Personalagentur werden

**Finanzsenator Stefan Evers und die neue Direktorin des Landesverwaltungsamtes, Ellen Cavdarci, haben am 22. Januar 2024 ein Konzept für die Weiterentwicklung des Landesverwaltungsamtes zu einem modernen Landespersonalservice präsentiert.**

Dabei geht es, wie es in einer Presseerklärung der Senatsverwaltung für Finanzen heißt, um die Bündelung von Personaldienstleistungen im gesamten Personalmanagementzyklus. Das heißt, Recruiting, Einstieg und Ausstieg sowie die weitere Digitalisierung und der Einsatz von künstlicher Intelligenz sollen in einer Hand liegen.



Finanzsenator Evers

Krisenzeiten und bei schwer zu besetzenden Stellen in Anspruch nehmen können“, erklärte Finanzsenator Stefan Evers. „Bei vielen berlinweit gleichen Stellenbesetzungen betreibt mitunter jede Behörde noch ihren eigenen, aufwendigen Einstellungsprozess. Diese Prozesse laufen leider oft ins Leere.“

Hintergrund der Maßnahme ist die kritische Personalsituation des Landes. Bis 2030 scheidet mehr als jeder dritte Beschäftigte aus der Berliner Verwaltung aus. Schon heute sind rund 7.000 Stellen nicht besetzt. Die demografische Entwicklung zählt zu den größten politischen Herausforderungen. Der harte personelle Wettbewerb verlangt schnellere und entschiedener Maßnahmen.

„Von großer Bedeutung ist hier ein zentraler Rekrutierungsservice, den die Behörden zum Beispiel in

In der Januar/Februar-Ausgabe des hauptstadt magazins hatte bereits Finanzstaatssekretär Wolfgang Schyrocki auf den geplanten Übergang zu gebündelten Stellenausschreibungen hingewiesen.

Die Transformation des Landesverwaltungsamts zu einem modernen Landespersonalservice ist eine Maßnahme aus dem Personalentwicklungsprogramm – PEP 2030 – der Landesregierung. ■



© Sebastian Haase

## Besser vorbereitet für den Ernstfall

# Berlin baut Katastrophenschutz aus

**Die Coronapandemie, Flutkatastrophen und Waldbrände haben es überdeutlich gezeigt: Die zuständigen Bundesländer sind im Katastrophenfall nicht optimal aufgestellt.**

Einsatz mit CBN, einem besonders harten Schneidstoff, der für die Bearbeitung harter Eisenbeziehungweise Stahlwerkstoffe geeignet ist.

In Berlin hat der Senat bereits in der zurückliegenden Legislaturperiode erste Konsequenzen gezogen und die „Errichtung einer zentralen behördlichen Struktur für Katastrophenschutz“ in Auftrag gegeben. Seit Jahresanfang 2023 arbeitet ein Projektbüro in der Senatsverwaltung für Inneres und Sport unter Leitung von Karsten Göwecke an dieser Aufgabe und hat in ihrer einjährigen Tätigkeit trotz Regierungswechsel sehr viel bewegt. Denn was Göwecke im Gespräch mit dem hauptstadt magazin bescheiden mit „wir haben die Lücken zu identifizieren“ umreißt, erweist sich bei genauerer Betrachtung als überaus komplexes Vorhaben: Das neunköpfige Projektbüro hat mit Unterstützung der Senatorin für Inneres und Sport nicht nur alle personellen, praktischen und formalen Voraussetzungen für seine eigene Arbeit schnellstens geschaffen, sondern auch die Aufgabenstruktur einer zukünftigen Behörde begründet.

### Schwerpunkt Krisenmanagement

„Der Schwerpunkt der Arbeit wird auf dem Krisenmanagement liegen“, erläutert Göwecke. „Hierüber gilt es, Gefahrensituationen so frühzeitig zu identifizieren, dass im Ernstfall sofort ein vorbereiteter Katastrophenschutzplan greifen und damit schnell gehandelt werden kann. Zeitgewinn durch zielorientierte Vorbereitung kann Menschenleben retten“, so Göwecke weiter. Das Krisenmanagement soll auch fortlaufend die Bevorratungsstände, etwa

von Medikamenten, Nahrungsmitteln oder Decken, erfassen und den Raumbedarf im Falle von Evakuierungen im Auge haben. Auch eigene ausfallsichere (Cyber-)Systeme sollen Sache des Krisenmanagements sein.

### Kommunikation mit allen Akteuren

Als besonders wichtig stuft Göwecke den Aufgabenbereich „Kommunikation“ ein. Im Krisenfall muss sichergestellt sein, dass die Kommunikationskanäle jederzeit, also auch bei Stromausfall und zu nachtschlafender Zeit, zwischen sämtlichen Akteuren und Akteuren Bestand haben und reibungslos funktionieren.



Karsten Göwecke sorgt in Berlin für besseren Katastrophenschutz

Es gilt jedoch ebenso, die Öffentlichkeit für etwaige Krisenfälle zu sensibilisieren. Das seit Jahrzehnten gestiegene grundsätzliche Sicherheitsgefühl hat die Achtsamkeit für potenzielle Krisen und andere Gefahrensituationen in erheblichem Maße verringert. „Nicht alle, die privat pflegen, sorgen beispielsweise für ausreichend lange Akkulaufzeiten an medizinischen Geräten, was bei längeren Stromausfällen fatale Folgen haben kann“, nennt Karsten Göwecke ein praktisches Beispiel und ergänzt: „Die Selbsthilfefähigkeit muss mit Informationen, Schulungen und Übungen gestärkt werden.“

Auch für die Presse muss der Katastrophenschutz ein zuverlässiger Partner sein und in einem vertrauens-

vollen Verhältnis stehen. Medien erreichen eine hohe Bandbreite der Bevölkerung und sind damit gerade in Krisen wichtige Multiplikatorinnen von gegebenenfalls lebensnotwendigen Informationen.

Über das Projekt gilt es zudem, einheitliche Maßstäbe und Verfahrensweisen zu entwickeln, die für alle 37 Behörden – unter anderem die Bezirksämter –, die in Berlin für Katastrophenschutz zuständig sind, gelten. Die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssten dann entsprechend geschult werden.

Ein breites Netzwerk, in dem idealerweise alle die gleiche Sprache sprechen, ist von immenser Bedeutung. Da trifft es sich gut, dass Karsten Göwecke in seinem früheren Berufsleben als Ständiger Vertreter des Landesbranddirektors bei der Berliner Feuerwehr über wichtige Kontakte zu Polizei, Feuerwehr und Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz, den Maltesern oder Johannitern verfügt und auch über die Landesgrenzen hinaus gut vernetzt ist.

### Vorausschauende Logistik

Katastrophenschutz verlangt eine vorausschauende Logistik. Im Behördenkonzept ist dementsprechend auch die Planung, Beschaffung und Lagerung notwendiger Ausstattung vorgesehen. Die Instandhaltung von Fahrzeugen und Geräten sowie das Vorhalten möglicher Katastrophenlager bei Evakuierungen, etwa in Turn- oder Messehallen, gehören ebenso in das Aufgabengebiet.

„Die Katastrophenschutzleuchttürme beispielsweise sind in Berlin entwickelt worden und ein Baustein der Planungen für die Sicherheitsarchitektur“, merkt Göwecke dazu an. Es handelt sich dabei um Anlaufpunkte, die jede Bürgerin und jeder Bürger bei Ausfall von Strom und Telekommunikation in 30 Minuten fußläufig erreichen können sollte. Aktuell werden sie an 37 festen Standorten in ganz Berlin eingerichtet und das Organisationskonzept finalisiert. Einzelne sind bereits voll ausgestattet und betriebsbereit.

### Fruchtbarer Austausch mit anderen Bundesländern

Unter dem Motto miteinander und voneinander lernen, findet ein reger Austausch mit einigen Bundesländern, insbesondere Niedersachsen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen, statt. Sogar der Schweizer Kanton Basel beteiligt sich an dem fruchtbaren Erfahrungsaustausch, dessen Ergebnisse auch in die Vorschläge der Projektgruppe mit eingeflossen sind.

Geprüft wird in Berlin noch, ob der Katastrophenschutz ein eigenständiges Landesamt sein oder den Charakter einer Abteilung der Senatsinnenverwal-



Schnell zugänglicher Katastrophenschutzleuchtturm

lung haben sollte. Beides wird in deutschen Bundesländern praktiziert, weshalb die Projektgruppe auch mehrere Modelle geprüft hat.

### Neuer Prüfauftrag nach den Neuwahlen

Die Projektgruppe konnte bereits die ersten Weichen für den Aufbau des notwendigen Katastrophenschutzentrums in Berlin stellen und diese auch im Zusammenhang mit einem neuen Prüfauftrag des nach den Wiederholungswahlen neu gebildeten Senats untermauern. Im Haushaltsplan 2024/25 sind Haushaltsmittel bewilligt worden, um 24 Stellen für den Aufbaustab und das Kompetenzzentrum Katastrophenschutz einzurichten, welches dann gegebenenfalls gemäß Prüfauftrag im Koalitionsvertrag zu einem Katastrophenschutzzentrum weiterzuentwickeln ist. Ein wesentlicher Schritt auf dem Weg zu einem berlinweit harmonisierten, professionellen Katastrophenschutz. Es sind jedoch noch weitere zu gehen – für den bestmöglichen Schutz der Berliner Bevölkerung.

Das hauptstadt magazin wünscht Karsten Göwecke und seiner Projektgruppe insofern schnelle und gute politische Entscheidungen, damit die überzeugenden Planungen in Gänze und möglichst bald in die Praxis umgesetzt werden können. ■

### dbb berlin plädiert für Landesamt

Der dbb berlin setzt sich im Zuge der Bündelung des Katastrophenschutzes in Berlin nachdrücklich für den Aufbau eines Landesamtes für Katastrophenschutz ein. dbb Landeschef Frank Becker: „Wo schnelle Entscheidungen überlebenswichtig sein können, ist eine hierarchische Zuordnung an eine Senatsverwaltung kontraproduktiv. Es gilt, vielmehr, die Entscheidungswege so kurz wie möglich zu halten.“



dbb Landeschef Frank Becker, stellvertretender dbb Landesvorsitzender Torsten Jaehne, Hildegard Bentele MdEP, stellvertretende dbb Landesvorsitzende Thomas Goiny und Martina Riedel (von links)

## dbb Gespräch mit Hildegard Bentele

Die Landesleitung des dbb Berlin hat am 29. Januar 2024 mit der Berliner Europaabgeordneten Hildegard Bentele gemeinsame europäische Ziele ausgelotet. Einig waren sich die Gesprächspartner darüber, dass die wachsende Bedeutung europäischer Politik im allgemeinen Bewusstsein häufig verkannt und zu gering eingeschätzt wird. Hier gäbe es erheblichen Informationsbedarf.

„Über ein Drittel aller Gesetze, die in Deutschland verabschiedet werden, gehen auf einen Impuls aus der EU zurück“, unterstrich Bentele, die im Europäischen Parlament der Fraktion der Europäischen Volkspartei und der CDU/CSU-Gruppe angehört. Für die Umsetzung europäischer Vorgaben in der Bundesrepublik bedürfe es ausreichender Verwaltungskapazitäten. Insofern ist auch unter europäischen Gesichtspunkten eine Personalverstärkung des öffentlichen Dienstes das Gebot der Stunde.

Hildegard Bentele sieht ihre Aufgabe in Brüssel vorrangig darin, die Interessen Berlins im Europäischen Parlament zu vertreten. „Die Bedürfnisse der relativ wenigen europäischen Metropolen sind oft anders gelagert als die der ländlichen Gebiete, sodass es hier auch auf die Zusammenarbeit mit anderen Hauptstädten wie Paris oder Madrid ankommt“, erläutert sie in dem Zusammenhang. Für Berlin gehe es beispielsweise aktuell um den Anschluss an das europäische Fernbahnnetz. ■

## Komplizierte Parkraumbewirtschaftung

Der Senat und das Abgeordnetenhaus haben Ende vergangenen Jahres die Voraussetzungen für Ausnahmegenehmigungen bei der Parkraumbewirtschaftung konkretisiert.

Danach kann mit einer Ausnahmeregelung nur rechnen, wer mindestens ein Fünftel der monatlichen Arbeitsschichten zwischen 22.30 Uhr und 6.30 Uhr beginnt oder beendet bzw. regelmäßig wechselnde oder regelmäßig nicht planbare Einsatz- und Arbeitszeiten zwischen 22.30 Uhr und 6.30 Uhr nachweist (auch bei Einsätzen an Wochenenden und Feiertagen).

Kostenlos ist das Ganze nicht: Für eine einjährige Ausnahmegenehmigung fallen 40 Euro Verwaltungsgebühr an, bei zwei Jahren werden 60 Euro erhoben. Die Ausnahmegenehmigungen für Polizei, Feuerwehr und Justiz werden beim Landesamt für Ordnungsangelegenheiten (LABO) erteilt. ■



## Jugend- und Auszubildendenvertretungen

# Unentbehrlich für den Nachwuchs

**Wenn es um den Nachwuchs im öffentlichen Dienst geht, sind Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) unentbehrlich. Denn sie können sich in Arbeitsweisen, Denkstrukturen und Entwicklungswünsche junger Menschen am besten hineinversetzen.**

Das haben die beiden dbb Bundesjugendleitungsmitglieder Sandra Heisig und Matthäus Fandrejewski beim 10. dbb Forum Personalvertretungsrecht betont. Allerdings müsse das JAV-Mandat deutlich attraktiver werden, damit überhaupt eine ausreichende Zahl geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten gewonnen werden kann.

Insbesondere gelte es, die Altersgrenze für die Wählbarkeit in die JAV anzuheben. Mit 26 Jahren ist nach geltendem Recht Schluss – eine Bestimmung, die nicht mehr in die Zeit passt. Denn ein Großteil der Nachwuchskräfte hat nach einer vorangegangenen Berufstätigkeit den zweiten Bildungsweg beschritten und deshalb bereits ein höheres Alter erreicht.

Heisig, die für die DSTG Berlin der JAV in der Finanzverwaltung angehört, und Fandrejewski kritisierten auch, dass kein direkter Mitbestimmungstatbestand für die Jugend- und Auszubildendenvertretung bei Themen besteht, die die Ausbildung betreffen. Schlimmer noch: Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanweisungen, die oft nur punktuell die Interessen der jungen Beschäftigten betreffen, fallen nicht selten ganz unter den Tisch.

Beklagt wird auch eine verwaltungsintern mangelhafte Wertschätzung für die Arbeit der JAVen.

Am wichtigsten wäre aber, betonten die beiden dbb Bundesjugendleitungsmitglieder, eine Art Mentoring-Programm, das den neu gewählten JAVlern greifbare Zukunftsperspektiven in der JAV und auch in der Personalratsarbeit aufzeigt. Auf diese Weise würde auch die latente Furcht vor einem Karriereknick infolge eines Engagements im Mitbestimmungsbereich gebannt. ■

## Ab 15. April wird gewählt!

Vom 15. April bis 23. Mai 2024 finden in Berlin die regelmäßigen Wahlen zu den örtlichen JAVen, GJAVen und der HJAV statt (§ 63 Abs. 2 PersVG Berlin). Die Amtszeit der Jugend- und Auszubildendenvertretung in Berlin dauert zwei Jahre. Für den dbb berlin gehen nach derzeitigem Stand Kim Flader (Finanzamt Berlin International) und Anne-Cathrin Horak (Finanzamt Marzahn-Hellersdorf) als Kandidatinnen für den HJAV an den Start.

## Ekelduschen bei der Berliner Polizei

**Mit teils skandalösen Arbeitsbedingungen hat die Berliner Polizei zu kämpfen. Die DPolG Berlin, die bereits verschimmelte Einsatzverpflegung in der Silvesternacht angeprangert hatte, hat jetzt den Zustand der Sanitäranlagen in einigen Berliner Polizeidirektionen heftig kritisiert.**

So sind auf dem Polizeigelände in Schulzendorf die inhäusigen Duschen wegen eines Rohrbruchs seit über vier Monaten gesperrt. Bei Wind und Wetter müssen die Mitglieder der 2. Technischen Einsatzeinheit (2. TEE) seitdem im Freien zu einem Duschcontainer laufen, der mittlerweile in haarsträubendem Zustand ist: Die Wasserhähne sind verkalkt und die Abflüsse verstopft; wer duscht, steht knöcheltief im Abwasser. „Der Duschcontainer war als Übergangslösung gedacht“, kritisiert DPolG-Landeschef Bodo Pfalzgraf die verzögerte Reparatur des Rohrbruchs und fordert generell eine Lösung des Sanierungsstaus von über einer Milliarde Euro bei der Berliner Polizei. „In Zeiten des Handwerker mangels benötigen wir als Sicherheitsbehörde feste Vertragspartner für unsere Liegenschaften, die kommen, wenn wir sie brauchen.“

Die Duschen erweisen sich auch bei der Direktion 4 als großes Problem. Die Belegschaft sollte dort we-

gen Sanierungsmaßnahmen vorübergehend in ein Behelfsdienstgebäude in Lankwitz umziehen, was aber bislang am sehr hohen Legionellenbefall der dortigen Duschen scheitert.

„Jetzt ist das Berliner Immobilienmanagement in der Verantwortung, sofortige Messungen durchzuführen“, fordert Pfalzgraf. Erst mit dem Nachweis, dass für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine Gesundheitsgefährdung vorliegt, könne der Dienstbetrieb aufgenommen werden.

Wegen des Legionellenbefalls interveniert hatte übrigens der Personalrat. Dazu Pfalzgraf: „Hier sieht man, dass ein starker Personalrat, der seine gesetzlichen Aufgaben und Pflichten wahrnimmt, viel für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreichen kann.“

## ... und fast jeder dritte Einsatzwagen steht still

**Auch um den Fuhrpark der Berliner Polizei ist es schlecht bestellt. Fast jeder dritte Einsatzwagen auf den Abschnitten (EWA) der Polizei Berlin steht still. In vier von sieben betrachteten Direktionen beträgt die Fahrzeugreserve nach Angaben der DPolG Berlin Null – es gibt keine Wagen mehr für die Funkstreifen.**

„Das ist dicht am sicherheitspolitischen Offenbarungseid“, warnt der DPolG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf. „Wenn die Fahrzeuge stillstehen, machen die Kolleginnen und Kollegen Dienst auf der Wache oder gehen zu Fuß raus. So gelangen sie weder schnell zum Einsatzgeschehen noch können sie motorisierte Verbrecher stellen.“

Neue moderne Fahrzeuge müssen angeschafft werden, damit die Polizei Berlin im Krisenfall mobil ist, fordert die DPolG. Der Bestand sei teilweise veraltet, und habe sich zudem verringert, weil es die Politik seit Jahren versäumt habe, die Mittel für Ersatzbe-

schaffungen anzupassen, obwohl wegen der hohen Nutzlast in Polizeifahrzeugen ein Wechsel der Streifenwagen auf ein größeres, teureres Modell stattgefunden hat. Entsprechend konnten weniger Fahrzeuge angeschafft werden.

Auch in den polizeieigenen Werkstätten knirscht es: Seit der Coronakrise und dem Ukraine-Krieg dauert nicht nur die Ersatzteilbeschaffung länger, es fehlen auch Mechatroniker. Bodo Pfalzgraf: „Her muss sich die Behörde überlegen, ob sie mit besserer Bezahlung Personal sichern kann.“

BERLIN



**DPoIG**  
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

# HAUPTSTADTBALL<sup>2024</sup>

der Deutschen Polizeigewerkschaft

# Berlin tanzt

*All inklusiv*

**13.04.2024**

# POLITZEI



Für Tanz und gute Laune sorgt  
Dance & Showband Andreas von Haselberg

Eintritt: 120,00 € p.P. / 1200,00€ pro Tisch (10 Personen)  
Inklusive 6 Stunden Getränkepauschale und Galabuffet und Service  
Beginn: 20.00 Uhr, Einlass: 19.00 Uhr  
Mercure Hotel MOA Berlin, Stephanstraße 41, 10559 Berlin  
Kartenbestellung über die Geschäftsstellen  
von DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und DPoIG Landesverband Berlin  
Tel.: 030 / 44678721 oder 030 / 3933073 / 74



Grundschule im Taunusviertel

## Berliner Schulen

# Hauptproblem Lehrkräftemangel!

**Berliner Schulen sind seit Langem in eine Schieflage geraten – egal ob es um Baumängel, mangelhafte Ausstattung, fehlende Raumkapazitäten oder Personalprobleme geht. Das hauptstadt magazin hat sich vor Ort über die Situation bei dem stellvertretenden VBE-Landesvorsitzenden Hanno Rütter informiert.**

Rütter leitet die Grundschule im Taunusviertel in Lichtenrade, einem Bezirk, der sicher nicht zu den sozialen Brennpunkten der Stadt zählt. Von den generellen Schwierigkeiten der Berliner Schulen ist aber auch seine Schule nicht verschont geblieben.

„Das Hauptproblem ist der Lehrkräftemangel“, betont er gegenüber dem hauptstadt magazin. Zwar hat die Grundschule im Taunusviertel das Glück, ihren Lehrkräftebedarf zu beinahe 100 Prozent decken zu können – allerdings nur mithilfe von Quereinsteigern und Lehramtsstudenten. Den akuten Fachkräftemangel führt Rütter auf jahrzehntelange Fehleinschätzungen künftiger Schülerzahlen zurück. „Von heute auf morgen kann der Engpass auch nicht beseitigt wer-



Schulleiter Hanno Rütter

den“, stellt der Schulleiter klar, der für tatkräftige Unterstützung der Lehramtsstudenten in seinem Haus sorgt und auf diese Weise den Nachwuchs fördert. „Denn die Studenten profitieren enorm durch praktische Erfahrungen und werden fit für ihren künftigen Berufsweg.“ Rütter wünscht sich generell eine praxisbezogenere Ausbildung für den Lehrernachwuchs. Idealerweise sollten die Lehramtsstudenten seiner Ansicht nach von vornherein einer Schule zugeordnet werden, in der sie zusätzlich zu ihrer theoretischen Ausbildung an der Universität das praktische Rüstzeug für die Umsetzung des Lernstoffs im Unterricht und für den nicht immer einfachen Umgang mit den Schülerinnen und Schülern erhalten.



© Annemarie Wellige

## „Anspruchsvolle“ Schülerschaft

Tatsächlich stellt die, wie Hanno Rüter es formuliert, „anspruchsvolle Schülerschaft“ eine besondere Herausforderung für die Schulen dar. Von homogenen Klassen kann keine Rede mehr sein: So finden sich etwa in der 1. und 2. Grundschulklasse Schülerinnen und Schüler mit bestenfalls marginalen Deutschkenntnissen wieder, weil es keine Willkommensklassen für sie gibt. Sonderbedarfe haben auch leistungsschwache, autistische oder bewegungsge-störte Kinder. Für deren ausreichende Förderung fehlen aber Räumlichkeiten und Lehrkräfte an allen Ecken und Enden. Das traurige Resultat dieses Mangels: 15 Prozent aller Berliner Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne Abschluss.

## Fehlende Leistungsanreize

Zu diesem inakzeptablen Ergebnis trägt nach Überzeugung Rüthers allerdings auch die Entwertung von Leistung und Wettbewerb an den Schulen bei. Die gut gemeinte Absicht, Leistungsdruck von den Schülern zu nehmen, ist derartig ausgereizt worden, dass sie sich mittlerweile als Rohrkrepierer erweist. Der weitgehende Ausschluss von Klassenwiederholungen bietet wenig Anreiz zum Lernen, zumal der in-

dividuelle Wissensstand ziemlich im Dunkeln bleibt. „Man tut den Schülern auch keinen Gefallen, wenn sie, um den mittleren Schulabschluss in der Sekundarstufe erreichen zu wollen, zum ersten Mal in ihrer Schulkarriere vor einer echten Prüfungssituation stehen“, ergänzt Hanno Rüter. Die Unterrichtspraxis zeige vielmehr, dass Kinder sich durchaus vergleichen wollen. Vor diesem Hintergrund seien auch Bestrebungen zur Reduktion des Leistungsgedankens bei den Bundesjugendspielen wenig verständlich.

Natürlich sind auch Schulneubau und -sanierung wichtige Themen – auch die Grundschule im Taunusviertel ist betroffen und hat wegen eines Wasserschadens seit Langem keine Turnhalle mehr. Der Sportunterricht muss weitgehend auf eine Vereins-sporthalle ausgelagert werden, die nur per Bus zu erreichen ist. Rüter ist Realist genug, um keine kurzfristigen Lösungen in Sachen Schulneubau und -sanierung zu erwarten. Dazu sind schon die Bauzeiten viel zu lang, ganz zu schweigen vom Erwerb der immer knapper werdenden Grundstücke.

## Positive Aspekte

Bei allen Schwierigkeiten, die der Berliner Schultag mit sich bringt, weist Schulleiter Rüter aber fairerweise auch auf die positiven Seiten im Berliner Schulsystem hin. Dazu zählt die völlige Lernmittelfreiheit in den Klassen 1 bis 6 ebenso wie der Anspruch an Grund- und Sonderschulen auf Betreuung von 7.30 bis 18 Uhr – auch über die Ferien hinweg – kostenlos in den ersten drei Schuljahren. Verlassen können sich die Eltern der Grundschüler auch darauf, dass Halbtagsunterricht stattfindet und nach Ablauf der sechsjährigen Grundschulzeit ein Platz in der gewünschten weiterführenden Schulform zur Verfügung steht. Das sind Pfunde, mit denen die Hauptstadt durchaus wuchern kann und die zugezogene Eltern aus anderen Bundesländern regelmäßig in erfreutes Erstaunen versetzen.

## Vom Wissenschaftler zum Schulleiter

Natürlich wollen diese Angebote wie auch der Unterricht selbst gut organisiert sein. Da trifft es sich gut, dass der Schulleiter der Grundschule im Taunusviertel Freude sowohl am Unterrichten als auch am Organisieren hat, obwohl beides viele Jahre nicht zu seinen Kernbeschäftigungen zählte. Der Germanist und Historiker Rüter ist promoviert und habilitiert und war viele Jahre als Wissenschaftler tätig, bevor er sich für den Lehrerberuf entschied. Übrigens in den heute kaum mehr vorstellbaren Zeiten, in denen Bewerbungen von Lehrkräften noch abgelehnt wurden, so im Falle von Rüter in Nordrhein-Westfalen. Letztlich großes Glück für das Land Berlin, das sich über einen kompetenten Grundschulleiter im Taunusviertel freuen kann.







## Wichtiger Notruf 112!

**Am 11. Februar wird Europaweit an den Notruf 112 erinnert. Der jährliche Aktionstag wurde vom Europäischen Parlament, vom Rat der Europäischen Union und von der EU-Kommission gemeinsam und aufgrund der im Datum enthaltenen Notrufnummer (11.2.) 2009 eingeführt. Der Notruf sollte damit noch bekannter werden.**

Wer die Notrufnummer 112 anwählt, sollte auch fünf sogenannte W-Punkte kennen und beachten, nämlich:

- > Wo ist das Ereignis?
- > Wer ruft an?
- > Was ist geschehen?
- > Wie viele Betroffene gibt es?
- > Warten auf Rückfragen!

Die Notrufnummer 112 soll nur im Falle einer Notlage angerufen werden. Bei nicht lebensbedrohenden Erkrankungen steht, wenn die Arztpraxen geschlossen sind und nicht bis zur nächsten Sprechzeit

gewartet werden kann, die Rufnummer des ärztlichen Bereitschaftsdienstes 116 117 zur Verfügung.

Der dbb berlin nimmt den Tag auch zum Anlass, den Menschen, die hinter der 112 stehen und tagtäglich helfen und retten, ganz besonders zu danken. ■

## Teurer Wodka!

Wird ein Schüler von einer Klassenfahrt ausgeschlossen, weil er dort unzulässigerweise Alkohol erworben hat, können Erziehungsberechtigte zu den Mehrkosten der verfrühten Rückreise herangezogen werden. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin am 15. November 2023 – VG 3 K 191/23 – entschieden.

## E-Ladepunkte fast verdoppelt

Der Ladeinfrastrukturausbau in Berlin ist im vergangenen Jahr stark voranschritten. Die Zahl der Ladepunkte im öffentlichen Straßenland konnte bis Jahresende 2023 auf insgesamt rund 2.360 erhöht werden – Ende 2022 waren es noch circa 1.200. Hierbei wurden sowohl unterschiedliche AC- und DC-Ladesäulenmodelle als auch Later-nenladepunkte mit 3,7 kW Ladeleistung von den Betreibern errichtet. Auch in den Bereichen außerhalb des Berliner S-Bahn-Rings konnte das Angebot öffentlicher Ladepunkte spürbar verbessert werden.